Leading German Newspaper in the Dakotas.

ADVERTISING RATES:
25c per Inch Display Ads
10c per Line for Readers.
1c per Word for Classified Ads.

Deutscher Herold

Größte deutsche Zeitung in Dakota

Subskriptionspreise
$1.50 pro Jahr in Vorauszahlung
2.00 pro Jahr in Nachzahlung
2.50 nach Canada und Europa

Jahrgang 22 | Sioux Falls, Süd-Dakota, den 18. April 1912 | Nummer 41

Die weißen Fremdgeborenen in Süd-Dakota

Vergleichende Zusammenstellung auf Grund der letzten Volkszählungen.

Ein vorläufiger Ausweis, der die Verteilung der **fremdgeborenen weißen Bevölkerung** nach dem Lande der Geburt für den Staat Süd-Dakota auf Grund der Volkszählung vom 15. April 1910 gibt, ist vom Zensusbureau veröffentlicht worden. Der Vollständigkeit halber wurden die Ziffern des Census von 1900 der Tabelle beigefügt wie folgt:

Länder	Süd-Dakota 1910	1900
Total fremdgeborene Weiße	100,628	88,329
Oesterreich	5,422	3,262
Belgien	241	120
Bulgarien	282	
Französisch-Canada	998	1,135
Das übrige Canada	5,022	5,894
Dänemark	6,294	5,038
England	4,024	3,860
Finland	1,381	1,175
Frankreich	251	262
Deutschland	21,543	18,172
Griechenland	231	3
Holland	2,623	1,566
Ungarn	518	421
Irland	2,980	3,298
Italien	1,158	359
Luxemburg	111	118
Norwegen	20,918	19,788
Rußland	13,160	12,492
Schottland	1,102	1,153
Schweden	9,998	8,647
Schweiz	800	585
Türkei (asiatische)	244	
Türkei (europäische)	238	48
Wales	503	549
Andere Länder	486	378

* * *

Es ist gut, daß das Censusbureau in Washington dem obigen Census die Bemerkung beigefügt hat, daß die Zahlen des „vorläufigen" Ausweises noch einer Revision bedürften. Daß dies nötig ist, beweist z. B. schon allein die angegebene Zahl der in Süd-Dakota wohnenden **Luxemburger**, die mit nur 111 angegeben ist. Wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß in Sioux Falls allein nahezu 111 Luxemburger wohnen, der weiß ferner, daß in der Gegend von Farmer, Alexandria, Emery, Monroe, Marion usw. starke Ansiedlungen von Luxemburgern sind. — Hoffentlich sind aber infolge obiger Statistik die „Skandinavier" in Zukunft etwas vorsichtiger mit ihren Behauptungen, daß sie das stärkste Element seien.

Sehen wir uns die Zahlen einmal an: Die Skandinavier rechnen die Norweger, Schweden und Dänen zum „skandinavischen Element." Nach obigem Census zählen für das Jahr 1910 die **fremdgeborenen**

Norweger	20,918
Schweden	9,998
Dänen	6,294
Zusammen	37,210

Stellen wir dem skandinavischen das „deutsche Element" gegenüber, so fallen allein auf

Deutschland . . 21,543

Jeder, der mit den Verhältnissen Bescheid weiß, weiß auch, daß Oesterreich, Rußland, Böhmen, Luxemburg, die Schweiz, tausende von Eingewanderten dem „deutschen Element" zuführen. Für die in **Rußland** geborenen und in Süd-Dakota Eingewanderten gilt dies erst recht. Der 1910 Census giebt ihnen allein 13,160 und die Wenigsten sind Russen, sondern 90% von ihnen sind Söhne unserer gemeinsamen Mutter Germania, sie reden, schreiben, denken und fühlen deutsch, haben deutsche Schulen und Prediger und müssen — was besonders bei den **Wahlen** von Wichtigkeit ist — als **deutsche Stimmgeber** betrachtet werden. Dasselbe gilt von den Deutsch-Oesterreichern, Deutsch-Ungarn, Deutsch-Böhmen, Luxemburgern, Deutsch-Schweizern, vielen Holländern usw. Sie gehören absolut zum „deutschen Element" und führen tausende von deutschen Stimmgebern zum Stimmkasten. Wir machen uns sicher keiner Uebertreibung oder Zahlenfälschung schuldig, wenn wir auf Grund obigen Census' folgende Zahlen für das **deutsche Element** rechnen:

Reichsdeutschen	21,543
Rußland (90%)	12,844
Oesterreich (Deutsch-Böhmen, Deutsch-Ungarn eingerechnet) 60%	3,250
Luxemburg (unrichtig)	111
Schweiz (50%)	400
Zusammen	38,148

Dabei rechnen wir die Holländer, die Deutschen aus Rumänien, Siebenbürger usw. noch nicht einmal ein. Wir sehen also, daß das deutsche Element und die deutschen Stimmgeber **stärker** als die skandinavischen Stimmgeber sind. Es ist ferner bereits früher nachgewiesen worden, daß die Skandinavier u. Deutschen **einschließlich der hier im Lande Geborenen** schon beim letzten Census 50% der Gesammtbevölkerung ausmachten und der 1910 Census giebt ihm durch Neueinwanderung einen noch höhern Prozentsatz inbezug auf die Gesammtbevölkerung des Staates.

Zum Schluß wollen wir auch noch auf Grund obiger Statistik nachweisen, daß das deutsche Element in den letzten 10 Jahren stärker zugenommen hat, als das skandinavische Element:

Zuwachs von 1900—1910.

Norweger	1,130
Schweden	1,351
Dänen	1,156
Totalzuwachs	3,637

Zuwachs des deutschen Elementes von 1900—1910.

Reichsdeutsche (allein)	3,371
Oesterreich (60%)	1,296
Rußland	66
Deutsch-Schweizer	107
Zusammen	4,840

Das deutsche Element hat also in den letzten 10 Jahren einen Zuwachs von über 1000 Köpfen über das skandinavische Element zu verzeichnen.— Als der Schriftleiter des „D. H." vor einigen Jahren vor der Konvention des englisch-amerikanischen Preßverbandes in Watertown, S. D., bereits auf Grund des Census von 1900 den Nachweis lieferte, daß das deutsche Element mehr Stimmen kontrollire, als das skandinavische Element, begegnete er erstauntem Lächeln, aber die Zahlen von 1910 beweisen unsere Behauptung. Wir sind nun neugierig, wie das skandinavische Element sich mit obigem Censusnachweis zufrieden geben wird. Zugleich betonen wir, daß der Staat Süd-Dakota hauptsächlich dem fremdgeborenen Element, den Amerikanern mit dem Bindestrich, seinen jetzigen Aufschwung zu verdanken hat, und daß das deutsche Element ebensowenig Ursache hat, bescheiden im Hintergrund zu verbleiben, wie sich gar von dem mehr agressiven und einigeren skandinavischen Element bei der Besetzung von County- und Staatsämtern die besten Stellungen vor der Nase wegnehmen zu lassen.

Hoffentlich nimmt der Staatsverband auch die gebührende Notiz, wie wir sicher sind, daß bei einer notwendigen Revision obiger Zahlen das „deutsche Element" noch besser abschneiden wird.

H. D.

Zur Gouverneurswahl

„Wer die Wahl, hat die Qual."

So sagt ein deutsches Sprüchwort und dies trifft auch auf die Gouverneurswahl zu. Auf **demokratischer** Seite bewerben sich Herr **E. S. Johnson** von Yankton und Herr **„Pat" Wickhem** von Alexandria um das Gouverneursamt und auf **republikanischer** Seite: Richter **Cull** von Hot Springs, **Geo. W. Egan** und der jetzige Vice-Gouverneur **Byrne.**

Der „Deutscher Herold" ist ein politisch unabhängiges, aber kein politisch neutrales Blatt und, da die Primärwahlen in etwa 8 Wochen (am 4. Juni) bevorstehen, halten wir es für unsere Pflicht, unsere Leser frühzeitig mit unsrer persönlichen Ansicht über die Gouverneursfrage bekannt zu machen. — Es ist bedauernswert, daß die Demokraten sich wieder unter einander bekämpfen und sich namentlich in der Gouverneursfrage nicht auf einen Kandidaten geeinigt haben. Was die republikanischen Kandidaten betrifft, so kennen wir Herrn Cull so gut wie gar nicht, können daher auch kein Urteil fällen; Herr Geo. W. Egan ist nur zu gut bekannt und obschon wir ihn nicht für den Raben halten, als den ihn seine persönlichen und politischen Feinde hingestellt haben und noch hinstellen, so würden wir seine Wahl für das hohe Ehrenamt eines Gouverneurs **direkt als eine Kalamität betrachten.** (In einem langen Artikel vor der Wahl vor zwei Jahren haben wir unsere Gründe gegen die Wahl von Herrn Egan genau dargelegt und haben auch heute nichts davon wegzunehmen.) Bliebe noch Herr Byrne, der jetzige Vice-Gouverneur. **Für ihn können wir uns erst recht nicht erwärmen.** Er war stets die zweite Hand von dem ausgesprochenen **Prohibitionisten** Vessey und sekundirte prompt dessen Ansichten. Vessey spielte sich als großartiger „Reformer" auf und — heute lebt er mit Familie statt in Pierre in Philadelphia, wo er an die Spitze eines lukrativen Handelsunternehmens getreten ist, dabei aber ruhig sein Gouverneursgehalt weiter bezieht. Das ist auch Reform! Herr Byrne, wie Vessey, persönlich ein liebenswürdiger, achtungswerter Mann, würde unsrer Ansicht in diesel. ben Vessey-Fußstapfen treten. Wie er uns persönlich mitteilte, würde er am liebsten „alle Wirtschaften von der Oberfläche der Erde verschwinden sehen"; er liebäugelt mit den Frauenstimmrechtlerinnen und es wird ihm vom liberalen Element nie vergessen werden, daß er vor zwei Jahren zum **Vorsitzer des Temperenzkomitees einen Methodistenprediger** machte, obschon er dem liberalen Element versprochen hatte, „fair" zu handeln.

Unsrer Ansicht nach liegen ihm die Deutschen mit ihren Ansichten schwer im Magen und, obschon er die Temperenzfrage wohlweislich vermeidet, würde er unserer Ansicht nach ein zweiter Vessey werden. — Herr Byrne hat mehrmals mit uns über seine Kandidatur gesprochen und wir haben ihm persönlich stets klaren Wein eingeschenkt und entgegengehalten, daß er ein Freund von allen möglichen „isms" sei. Als wir ihn z. B. über die Frauenstimmrechtlerinnen befrugen und wie er über diese wichtige Frage denke, wich er aus und meinte schließlich: „Die schicke ich zu meiner Frau und die kann für mich sprechen!" — Herr Byrne ist ein Mitglied derselben Administration, deren Generalstaatsanwalt die in nicht englischer Sprache herausgegebenen Zeitungen im Staate als **ungesetzliche** erklärt hat, Herr Byrne arbeitet im Stillen gegen den jetzigen tüchtigen Congreßmann Chas. H. Burke und für den früheren Staatssenator Curtis von Aberdeen, der allen Zeitungen offenen Krieg erklärt hat, er ist im Stillen für die Wahl von Herrn Dillon in Yankton für Congreßabgeordneten im 1. Distrikt **gegen** Herrn O. L. Branson von Mitchell, (dessen prächtige Rede in Plankinton unsere Leser auf dieser Seite im Auszug finden), und Dillon ist ein „Temperenzler"! Byrne ist im Stillen für den „Temperenzler" Dan Sterling als Bundessenator usw. Weil die leitenden republikanischen Kreise Herrn Byrne für einen der schwächsten Kandidaten halten, wurde ihm vor Wochen im Interesse des Staates nahegelegt, zurückzutreten, damit sich alle republikanischen Faktionen auf einen der Mehrheit annehmbaren Gouverneurskandidaten einigen könnten, er tat das aber nicht. Für heute einmal genug damit.

Der „D. H." ist ehrlich überzeugt, daß Herr Byrne das liberale deutsche Votum nicht verdient. In späteren Artikeln werden wir dies noch näher zu begründen versuchen.

H. D.

Grausigstes je dagewesenes Schiffsunglück

Der „White Star" Riesendampfer „Titanic" auf seiner ersten Meereskahrt gesunken.

Von 2,200 Passagieren nur 868 angeblich gerettet.

Das $10,000,000 Schiff von einem Eisberg in die Tiefe gebohrt. — 3500 Postsäcke verloren. — Das Schicksal von hunderten noch ungewiß. — Die Geretteten, meist Frauen und Kinder, auf der „Carpathia" auf dem Wege nach New York.

New York, 17. April. — Um 2:20 Uhr am letzten Montag Morgen wurde der $10,000,000 Dampfer der White Star Linie „Titanic", der sich auf der ersten Meeresfahrt nach New York befand, von einem gewaltigen Eisberg an der Küste von Neu Fundland getroffen und dermaßen beschädigt, daß er in kurzer Zeit in die Meerestiefe sank. Von 220 Passagieren und Mannschaften sind angeblich nur 868 gerettet, welche auf Rettungsbooten und unter Trümmerhaufen von der schleunigst auf drahtlosem Wege zu Hülfe gerufenen „Carpathia" aufgefischt wurden.

Die meisten Geretteten sind Frauen und Kinder und von der Besatzungsmannschaft wurden angeblich nur der zweite, dritte, vierte und fünfte Offizier und der Hülfs-Markonioperator gerettet. Unter den angeblich Untergegangenen befinden sich Herr und Frau Jacob Astor von New York, Major Archibald Butt, Adjutant des Präsidenten Taft, Chas. M. Mayes, der Präsident der Grand Trunk Pacific Bahn von Canada, seine Frau und Tochter, J. G. Widener, der bekannte Philadelphia Kapitalist, Herr und Frau Isidor Strauß, Benjamin Guggenheim, Col. Washington Roebling, Erbauer der weltberühmten Brooklyn Brücke, J. P. Thayer, Vice-Präsident der Pennsylvania Bahn u. a. bekannte Persönlichkeiten.

Nähere Einzelheiten über das grausige Schiffsunglück sind noch nicht zu erhalten und ohne den drahtlosen Telegraph wäre die „Titanic" vielleicht spurlos verschwunden. Die meisten Passagiere schliefen angeblich, als der Eisberg die „Titania" zerstörte und in die grausige Meerestiefe zog. Die 868 Ueberlebenden, die sich an Bord der „Carpathia" befinden, werden hier nicht vor Donnerstag Abend erwartet. Das Schiff macht 13 Knoten in der Stunde und wird 75 bis 80 Stunden brauchen, um den hiesigen Hafen zu erreichen.

In der Liste der Schiffsunglücksfälle der Art, wie der, der die „Titanic" betroffen hat, steht dieses Schiff unter den besonders erwähnenswerten insofern vereinzelt da, als ihm das Unglück auf seiner ersten Reise zugestoßen ist. Ein ähnliches Schicksal war allerdings der „Marconic" beschieden, welche sonderbarer weise zu derselben Linie gehörte, doch traf es sie auf der zweiten Reise. Dieses Schiff fuhr mit 300 Personen an Bord vor zwanzig Jahren aus diesem Hafen nach Europa auf der Rückreise ab, und seit der Zeit hat man kein Wort von ihr gehört, weiß auch nicht, wie sich sein Untergang ereignet hat.

Bericht der „Carpathia."

Eine drahtlose Nachricht ist vom Kapitän der „Carpathia", zur Cunard-Linie gehörig, eingelaufen, mit folgendem Wortlaute:

„Ich befinde mich mit 868 Passagieren der „Titanic" unterwegs nach New York, wenn ich keine anderen Befehle erhalte. Ich hatte mit Herrn Ismay von der White Star-Linie, der sich an Bord befindet, eine Konferenz und halte angesichts des vielen Eises, das das Schiff umgibt, New York für den günstigsten Landungsplatz. Ich fahre durch ein zwanzig Meilen großes Eisfeld, in dem sich viele Berge befinden."

Von acht Personen aus Wisconsin, die sich an Bord der „Titanic" befanden, sind fünf Frauen gerettet worden. Sie sind: Frau E. C. Crosby und Harriet Crosby von Milwaukee; Frau Silvey von Superior; Frau W. E. Minahan von Fond du Lac und Daisy Minahan von Green Bay. Ueber Kapitän Crosby, Dr. Minahan und W. B. Silvey liegen noch keine Nachrichten vor.

Postmeister Morgan erklärt, daß der Dampfer 3500 Säcke mit Postsachen an Bord hatte. Nach seiner Ansicht ist es höchst unwahrscheinlich, daß etwas von der Post gerettet wurde. Ein gewöhnlicher Sack der Ozeanpost pflegt 2000 Briefe zu enthalten. Es ist somit die Schätzung gerechtfertigt, daß ungefähr 7,000,000 Poststücke der Vernichtung anheimgefallen sind.

Der genaue Betrag des durch den Untergang erwachsenen Schadens ist vorläufig noch nicht zu ermitteln. Die Versicherungsgesellschaften sind noch nicht imstande, zu sagen, wie hoch der Wert der versicherten Sendungen sich beläuft. Es wird aber allgemein angenommen, daß die Ladung der „Titanic" einen Wert von $12,500,000 darstellt. Von dieser Gesammtsumme hatte die Linie als eigenes Risiko $750,000 übernommen, während der Rest auf den Versicherungsmärkten in London, Liverpool, Hamburg und an anderen Orten untergebracht worden war.

Southampton, England, 16. April. — Herzbrechende Szenen haben sich hier am Vormittage im Büro der White Star-Linie abgespielt, die von Angehörigen der Mannschaft der „Titanic" belagert war. Die Stadt war starr vor Schrecken über die Nachricht von dem Unglücke, das der größte Schlag ist, den Southampton je erfahren hat. Jedes Mitglied der Bemannung war hier angesessen, und viele waren sogar hier geboren.

Beileid des Reichstags.

Berlin, 16. April. — Der Präsiedntdes Reichstags, Herr Johannes Kämpf, hielt bei der Wiedereröffnung des Reichstags nach den Osterferien eine Rede, in der er der Trauer des Deutschen Reiches über den Verlust der „Titanic" mit so vielen Menschenleben Ausdruck verlieh.

Botschafter Bacon.

Paris, 16. April. — Robert Bacon, der bisherige amerikanische Botschafter hierselbst, hatte bis vor einer Woche geplant, an Bord der „Titanic" mit Gattin und Tochter nach Amerika zurückzukehren. Wegen der verzögerten Ankunft von Myron Herrick, seinem Nachfolger, hatte er später beschlossen, seine Abreise zu verschieben, und er wird Frankreich auf einem französischen Schiffe am nächsten Samstag verlassen.

Rundschau

Inland.

Roosevelts gewaltiger Sieg in Pennsylvania.

Theodore Roosevelt hat alle Ursache, mit der Wahl im Staate Pennsylvanien zufrieden zu sein. Zum ersten Male seit einem Menschenalter hat die republikanische Maschine des Keystone-Staates, mit Bundessenator Penrose an der Spitze, die Herrschaft über den Staatskonvent eingebüßt, der von den 76 Delegaten zum Nationalkonvent 64 zu erwählen hat. — Während auf demokratischer Seite Woodrow Wilson nahezu die ganze Abordnung des Staates kaperte, **erobert Roosevelt den neuesten Berichten zufolge mindestens 65 der 76 Delegaten.**

Kein Wunder, daß den Taft-Leuten heilloser Schreck in die Glieder gefahren ist, denn außer dem numerisch am drittstärksten im Nationalkonvent vertretenen Staate Illinois hat nun auch der zweitstärkste, Pennsylvania, entschieden gegen Taft Front gemacht.

Die Leiter der Taft'schen Kampagne erklären, in Illinois sei die Lorimer-Affaire schuld an der Niederlage, die der Präsident bei den Primärwahlen daselbst erlitten hat und in Maine sei das Resultat der Ausdruck der Unzufriedenheit der Farmer mit der kanadischen Reciprocitäts-Politik des Präsidenten. Wie aber in Pennsylvanien? Alle diese Erklärungen, die zutreffend sein mögen oder nicht, können nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß die Republikaner dieser Staaten dagegen sind, daß der Präsidentz eine zweite Nomination erhält.

Wie die Sachlage liegt, ist nun durchaus nicht mehr so sicher, daß Taft spielend die Nomination auf dem republikanischen Nationalkonvent in Chicago erhalten wird, und es wird ein erbitterter Kampf bis zum Ende werden. Politische Prophezeiungen zu machen wäre nun ein müßiges Unternehmen; sicher ist jedoch, daß der Ausfall der Wahl in den drei genannten „republikanischen Bannerstaaten" die Chancen von Roosevelt bedeutend erhöht hat. Muß doch selbst die demokratische New Yorker „World", welche Roosevelt seit vielen Jahren unentwegt in der bittersten Weise angegriffen hat, eingestehen: „Der Eintritt Roosevelts in die politische Arena muß dem Lande zum Nutzen gereichen. Die republikanische Partei kann nicht länger eine „Stand pat" Partei sein, sowohl die demokratische wie die republikanische nationale Platform werden infolge Roosevelts Eintreten eine bessere werden und die demokratische Platform muß mit der politischen Prozession vorwärts marschiren, wenn die demokratische Partei gewinnen soll. Die Roosevelt Kampagne hat bereits bewiesen, daß das amerikanische Volk der Tarifmißbräuche müde geworden ist, müde der Korporationsmißbräuche, der Finanzbaronherrschaft, der Gerichtsmißbräuche, der Boß- und Privilegienherrschaft. Damit muß aufgeräumt werden, wenn das Land keinen Roosevelt oder keinen noch Schlimmeren als Roosevelt haben will."

Soweit die „World." Und mit diesem Geist wurden auch die Siege in Maine, Illinois und Pennsylvania gewonnen. Die Stimmgeber haben, der Boßherrschaft müde, durch die Primärwahlen den „Sieg des fortschrittlichen Gedankens" auf der ganzen Linie bewiesen.

Wir haben schon in letzter Rundschau auf die großen Lücken des von Taft als „völlig ausreichenden" Sherman Anti-Trust Law hingewiesen, und wie trotz der von Taft energisch in Scene gesetzten gerichtlichen Kampagne gegen die Trusts letztere noch weiter floriren. Dafür liegen nun unzweifelhafte Beweise vor. So schreibt das N. J. „Morgenjournal":

Die „Standard Oil Co.", die vor einigen Monaten feierlich von unserem höchsten Gerichtshof „aufgelöst" worden ist, hat jetzt eine Dividende von 2900 **Prozent** (!) erklärt. Die „Standard Oil Co. of Indiana" hat sich zu diesem Schritt entschlossen, um die riesigen Profite der Gesellschaft zu verschleiern, und ist dabei folgendermaßen verfahren:— Anstatt den Aktionären so viel Baargeld auszuzahlen, erhöhte die Gesellschaft ihr Aktienkapital von einer Million Dollars auf dreißig Millionen Dollars und verteilte die 29 Millionen zusätzlichen Kapitals kostenfrei unter ihre Aktionäre. Jeder Inhaber einer Aktie erhielt weitere 29 Aktien zum Geschenk, die alle Zinsen tragen.—Seit der „Auflösung" des Trusts sind verschiedene derartige Pflaumen verteilt worden. Die „Vacuum Oil Co.", eine der Subsidiär-Gesellschaften des Trusts hat zum Beispiel kürzlich ihr Aktienkapital von $2,500,000 auf $15,000,000 erhöht, die „Standard Oil Co." von Kentucky wird demnächst eine Dividende von 2500 Prozent in derselben Weise verteilen.

Bemerkenswerte Rede

Von Herrn O. L. Branson, Kongreßkandidat für den ersten Distrikt.

Nachstehend finden unsere Leser einen Auszug aus der bemerkenswerten Rede, welche der republikanische Congreßkandidat, Herr **O. L. Branson** von Mitchell am Dienstag Abend in Plankinton hielt. Damit begann er zugleich seine erfolgreiche Kampagnetour. Es freut den „D. H." nun doppelt, daß er die Kandidatur von Herrn Branson bereits vor Wochen warm unterstützt hat und er wird auch sicher erwählt werden.

Die Schriftleitung.

* * *

Mit einer Rede im Plankinton Opernhaus am 16. April hat Herr **O. L. Branson** von Mitchell, **Candidat für die republikanische Nomination für Repräsentant im Congreß vom Ersten Distrikt** von Süd-Dakota, seine Campagne begonnen.

Herr Branson erklärte sich zunächst für **wirkliche Volksregierung, gegen „Boß" Herrschaft,** für die Vernichtung der Trusts durch schwere **Gefängnisstrafen** für die Leiter derselben, **Abschaffung der Expreßgesellschaften,** eine **Revision des Tarifs nach abwärts,** die Einsetzung einer Tarif-Kommission, **Wahl der Bundessenatoren durch das Volk** und den **Weltfrieden.**

* * *

Herr Branson sagte u. a., daß er jetzt dasselbe politische Evangelium predige, wie schon seit Jahren, und das er auch in Zukunft vertreten werde. Er ist ohne Rückhalt zu Gunsten einer Volksregierung, da das ganze Land mit seinen Institutionen ja dem Volke gehöre. Das Volk sollte den höchsten Gerichtshof des Landes bilden und der vom Volke erwählte Beamte soll ein Diener des Volkes sein und nicht der Herr, und dem Volke für seine Handlungen verantwortlich.

Er sagte: „Ich bin **nicht der Candidat einer Faction,** eines Mannes oder einer Gesellschaft von Männern. Meine Candidatur ist nicht gutgeheißen von einer politischen Maschine oder von irgend einer Gruppe von Männern, welche vielleicht als Diktatoren herrschen möchte, und ich würde ein solches Indossement von solcher Seite entschieden zurückweisen. Ich freue mich, daß die Tage der politischen Diktatorherrschaft vorbei sind und ich **glaube fest, daß jeder Bürger im Staate vollkommen fähig ist für die Selbstregierung und weiß, was er zu tun hat.** Wäre das nicht der Fall, dann wäre ja die Unabhängigkeits-Erklärung ein Blendwerk gewesen und es wäre schade um das dafür vergossene Blut."

Herr Branson erklärte, daß er mit **Niemanden einen Vertrag oder ein Abkommen abgeschlossen habe und keine Versprechungen einzulösen habe.** Er habe keinem „Boß" zu dienen und werde, wenn erwählt, nur dem Volke dienen und nur für dessen Wohl wirken.

In Bezug auf Trusts erwähnte Herr Branson besonders den Stahltrust, den Harvestertrust, den Schuhtrust und den Fleischtrust. Er sprach über die sogenannte Verwässerung der Aktion des Stahltrusts und meinte, es sei doch klar, daß das Volk für das „Wasser" bezahlen müsse. Das Heilmittel bestehe nicht darin, das Wasser auszudrücken, nachdem es schon darin ist, sondern es **überhaupt nicht hinein zu lassen.** Wenn eine Verbindung von Geschäftsleuten zum Zweck der Unterdrückung der Konkurrenz besteht und dann die Preise nach Belieben festsetzt, dann sei es Pflicht der Regierung, einzuschreiten und das Volk zu schützen. Herr Branson führte als Beispiel an, wie ein Trust von jedem Artikel, der zur Herstellung eines Schuhes notwendig ist, seinen Tribut fordert, welchen der Schuhmacher selbst, welcher den Schuh macht, bezahlen müsse. Das Leder, das für ein Paar Schuhe notwendig ist, müsse ursprünglich von dem Fleischtrust gekauft werden. Die großen Schlächtereien kauften das lebende Vieh und haben dann natürlich auch die Häute. Diese Häute kommen natürlich auch in eine Gerberei, aber es hat sich herausgestellt, daß die Schlächtereibesitzer oder der Fleischtrust dreißig der größten Gerbereien der Welt unter Kontrolle hat, so müsse also der Schuhmacher auch an diesen Trust seinen Tribut zahlen. Den Zwirn, den er braucht, komme von der J. & P. Coats Co., welche alle Zwirnfabriken der Welt kontrollirt und riesige Profite macht. Auch die Maschinen, welche zur Herstellung der Schuhe benötigt seien, kämen von einem Trust, und diese Maschinen könnten nicht einmal gekauft werden, sondern nur gemietet, und so müsse also der Mann, der vielleicht für acht oder zehn Dollars die Woche arbeite und eine Familie zu ernähren habe, wenn er für sein Kind ein Paar Schuhe kaufe, die er selbst gemacht habe, einen Tribut an einen Trust zahlen für jeden Artikel, der zur Herstellung des Schuhes notwendig war. Genau dasselbe sei der Fall bei Herstellung von Sattlerwaaren aller Art. Die „United Shoe Machinery Co.", fuhr Redner fort, kontrollirt alle Patente, welche auf diesen Maschinen ruhen und hat dadurch, nach einer Entscheidung des Bundesobergerichts, ein Monopol derselben.

Der Fleischtrust aber trifft das Volk von Süd-Dakota am schwersten. Folgender Fall wurde von Herrn Branson angeführt: Ein früherer Angestellter in einem großen Schlachthaus in Chicago, welcher 14 Jahre dort tätig war, erzählt, daß vor einiger Zeit ein Viehzüchter aus Montana ca. 1000 Stück Stiere nach Chicago brachte. Als diese Herde dort ankam, fiel der Marktpreis um 50 Cents per Hundert, und obzwar 90,000,000 Menschen in diesem Lande ernährt werden müssen, außer dem großen Fleischbedarf für den Export, fand sich doch nur ein einziger Käufer. Der Eigentümer wußte, daß der offerirte Preis um 50 Cents per Hundert zu niedrig war und wollte anfangs auf die Offerte nicht eingehen, aber was sollte er machen. Das Vieh war da und mußte verkauft werden. Es gab keinen andern Markt in den ganzen Ver. Staaten, der nicht vom selben Trust kontrollirt wurde, und es blieb ihm nichts anderes übrig, als zu verkaufen. Das Vieh wurde gewogen, der Eigentüber erhielt sein Geld, und nachdem er fort war, erhielten die Swift Company, Armour & Co., Morris & Co. und andere ihren Anteil an dem gekauften Vieh, der Montana Viehzüchter aber war um ca. $6000 beraubt worden. Es besteht sicherlich, wie Herr Branson sagte, wenig Unterschied zwischen diesem Raub und dem eines Straßenräubers.

Was ist nun gegen die Trusts zu tun?

Herr Branson meinte, nach seiner Ansicht müßten die Trusts zuerst aufgelöst werden. Durch Strafzahlungen könne in dieser Hinsicht nichts erzielt werden. Würden die Schlächtereibesitzer mit Geldstrafen belegt, so setzten sie den Preis für lebendes Vieh und Schweine herab und erhöhten die Preise des Fleisches und wir, das Volk, bezahlten die Strafen. Er sei daher für **Gefängnisstrafen** — zehn Jahre für das erste Vergehen, zwan-

(Fortsetzung auf Seite 5.)

(Politische Ankündigung.)

Ed. S. Johnson

Kandidat für Gouverneur der Progressiven Demokraten.

Beliebt bei den Republikanern.

Der demokratische Candidat, welcher nach dem 1. Januar 1913 Gouverneur von Süd-Dakota sein wird, muß, um erwählt zu werden, mehrere tausend republikanische Stimmen erhalten.

W. S. Bowen, der bereits seit Anfang der siebziger Jahre im Zeitungsgeschäft in Süd-Dakota ist, jetzt in Huron, sagt über Herrn Ed. S. Johnson, den demokratischen Candidaten für die Nomination am 4. Juni:

„Herr Johnson ist der Mann, dem sich unzufriedene Republikaner (sollten irgend welche unzufrieden werden), eher zuwenden würden, als seinem Parteigegner (Herrn P. F. Wickhem), und das ist gesagt mit dem größten Respekt und der größten Achtung vor seinem Gegner.

Herr Johnson ist ein Produkt des Bryanism, bekehrt durch die Redegewandtheit und Logik des großen Redners von Nebraska, und mit ihm wurden viele andere Republikaner Bryan-Anhänger, zeitweilig oder dauernd.

Es wäre für diese nicht so schwer, unter gewisser Veranlassung zu Gunsten von Herrn Johnson einzutreten, während sie sich nicht so leicht zu Herrn Wickhem hinneigen würden.

Das ist, was man überall zu hören bekommt; es gibt achtzehn- bis fünfundzwanzigtausend Republikaner, welche diesen Herbst nicht das republikanische Ticket stimmen werden, und 80 Prozent davon würden lieber für Herrn Johnson stimmen, als für Herrn Wickhem. Alle früheren Anhänger Bryans werden voraussichtlich Herrn Johnson unterstützen; andere tausende von Republikanern, welche nicht zufrieden gestellt werden können, ganz gleich wer in den Primärwahlen für Gouverneur aufgestellt wird, werden dasselbe tun.

Das beste Ding, was die Demokraten tun können, ist die Aufstellung eines Candidaten, welcher die meisten republikanischen Stimmen erhalten kann. Dieser Mann ist Ed. S. Johnson. — (Argus-Leader.)